

Tabuthema stößt auf wenig Gegenliebe

Pax-Christi-Gruppe lädt Wirtschaft und Gewerkschaft vergeblich zum Rüstungsgespräch

Friedrichshafen (af) Sichtlich enttäuscht war Alexander Nikendei, der Sprecher der Pax-Christi-Gruppe Ravensburg-Oberschwaben, am Freitag, als kurzfristig auch Lilo Rademacher, die 1. Bevollmächtigte der IG-Metall, ihre Teilnahme stornierte. Am runden Tisch in der evangelischen Paul-Gerhard-Kirche zum Thema „Rüstungsindustrie am Bodensee“ bestand auch seitens der Wirtschaft kein Interesse.

Die Einladungen wurden größtenteils ignoriert und selbst die Suche nach einem passenden Raum gestaltete sich schwierig. „Wir sind eine internationale katholische Organisation und unser

Präsident ist Heinz-Josef Algermissen, der Bischof von Fulda. Trotzdem haben wir keinen einzigen Raum in der ganzen katholischen Gesamtkirchengemeinde Friedrichshafen bekommen. Der verantwortliche Pfarrer sagte, das Thema eigne sich nicht, ein anderer Geistlicher weigerte sich sogar in seiner Seelsorgeeinheit Werbung für unsere Veranstaltung zu machen“, so Nikendei.

„Rüstung im Bodenseekreis“ soll kein verdrängtes Tabuthema bleiben, denn hier zählt die Rüstungsindustrie laut SPD-Kreisvorsitzendem Adnan Sabah mindestens 7500 Arbeitnehmer. „Durch Kürzungen ist die Bundeswehr nicht mehr in der Lage, die Unternehmen über Wasser zu halten“, sagt Nils Dubrow, Mitarbeiter des Berliner Informationszentrums für transatlantische Sicherheit und Autor des „Rüstungsat-

las Bodensee“, in dem sowohl die Firmen in der Region als auch deren Produkte gelistet sind.

Doch anstatt immer mehr Waffen und solche Technik, die für Kriegszwecke missbraucht werden kann, zu exportieren, fordert er die Firmen zur Umrüstung auf zivile Produkte auf. „Radikaler Pazifismus hat dazu geführt, dass Auschwitz möglich war“, warnte der CDU-Kreisvorsitzende Lothar Fritz. „Man muss kein Pazifist sein, um Rüstungsexporte zu kritisieren“, sagt Nils Dubrow.

Der Rüstungsatlas ist auf Initiative von Paul Russmann von der ökumenischen Friedensorganisation „Ohne Rüstung leben“ entstanden. Dieser fordert das grundsätzliche Exportverbot von Kriegswaffen und Rüstungsgütern im Grundgesetz zu verankern. „Da



Beim runden Tisch zum Thema „Rüstungsindustrie am Bodensee“ in der evangelischen Paul-Gerhard-Kirche (v. l.): Adnan Sabah (SPD), Christa Hecht-Fluhr (Bündnis 90/Die Grünen), Lothar Fritz (CDU), Paul Russmann (Ohne Rüstung leben), Nils Dubrow (Informationszentrum für transatlantische Sicherheit), Ulrich Lange (evangelische Kirche) und Werner Langenbacher (katholischer Betriebsseelsorger). BILD: FRITZ

kann ich voll mitgehen“, so der katholische Betriebsseelsorger Werner Langenbacher. Nicht so Lothar Fritz. Israel sei ein klassischer Fall von Spannungsbereich, dahin sollte man nach dieser Regel nicht exportieren. „Aber in dem Fall würde ich sagen, es gibt eine Scham der

Nachgeborenen und es gibt eine Verantwortung gegenüber dem Existenzrecht von Israel“, so der CDU-Kreisvorsitzende. Die Sicherung des Existenzrechts der Israeli sei nicht nur über Waffenlieferungen möglich, konterte Nils Dubrow.